

Aufstand in Schwaben

neue Energie – das magazin für erneuerbare energien 10/2009, S. 39



Die schwäbischen Gemeinden **Mainhardt und Wüstenrot** sind ein Beispiel für den Trend zu eigenen Stadtwerken. Und sie zeigen, dass auch kleine Gemeinden sich **erfolgreich von den Konzernen lösen** können – sofern die politische Mehrheit vor Ort das Projekt stützt.

Text: Bernward Janzing, **Illustration:** Orlando Hoetzel

Mit acht Leuten, erinnert sich Bürgermeister Karl-Heinz Hedrich, war Energie Baden-Württemberg (EnBW) angerückt. Sie wollten dem Gemeinderat im schwäbischen Mainhardt die Pläne vom eigenen Stadtwerk ausreden. Also prophezeiten die Herren Arbeitsplatzabbau in der Region und wie immer in solchen Fällen auch steigende Strompreise. Die Präsentation der Macht sollte Eindruck hinterlassen in der Kommunalpolitik, doch sie bewirkte nur das Gegenteil. Mit 25 Stimmen gegen eine Enthaltung machte der Gemeinderat im März 2008 den Weg frei für eigene Stadtwerke.

Für die EnBW, sagt Hedrich, sei das eine Katastrophe gewesen: „Die fürchten natürlich einen Dominoeffekt.“

Schritt 1: Überzeugungsarbeit

Seit April 2009 gibt es nun die Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot GmbH & Co. KG, kurz EMW. Sie ist in ihrer heutigen Konstellation das Ergebnis von mangelnder Kooperationsbereitschaft der EnBW. Als nämlich in Mainhardt der Konzessionsvertrag mit dem Karlsruher Unternehmen zur Verlängerung anstand, wollte Hedrich seine Gemeinde am künftigen Stromversorger beteiligen – mehr nicht.

Beim Platzhirsch EnBW blitzte er damit jedoch ab. „Maßlos verärgert“ sei er gewesen, und so begann er fortan ohne die EnBW zu planen. Es reifte die Idee vom eigenen Stadtwerk. Einzige Voraussetzung für den Wechsel: Er brauchte dafür eine politische Mehrheit. Also begann die Zeit der Überzeugung. „Der Weg durch den Gemeinderat war holprig“, sagt Hedrich heute. Vor allem die Mittelständler in der 5.700-Einwohner-Gemeinde hatten Bedenken: Was würde ein eigenes Stadtwerk für die Versorgungssicherheit bedeuten? Und ist ein solches Unternehmen für eine Gemeinde dieser Größe überhaupt praktikabel?

Am Ende konnte Hedrich alle Bedenken entkräften. Das lag mit Sicherheit auch daran, dass der 64-Jährige in seinem Ort nicht als Revoluzzer verschrien ist. „Ich bin parteilos, aber mit liberaler Einstellung“, sagt Hedrich. Damit genießt er quer durch die Fraktionen Respekt. Dass er sich gegen die Nutzung der Atomkraft ausspricht, bringt ihm bei vielen weitere Sympathien ein.

Zudem zog natürlich sein Argument, man werde mit den eigenen Stadtwerken Geld verdienen. Die Region war früher sehr arm, man nannte sie den „Klämmerlesgäu“. Denn die Menschen verdienten ihren Lebensunterhalt oft mit der Fertigung von Wäscheklammern, was ein mühsames Geschäft war. Deswegen wisse man hier, was es heißt, solide Unternehmen am Ort zu haben, sagt Hedrich. Den eigenen Stadtwerken kam dieses Bewusstsein nur zugute.

Schritt 2: Partnersuche

Im Laufe der Debatte um die Netzübernahme stieß die Nachbargemeinde Wüstenrot mit 6.700 Einwohnern hinzu. „Der Bürgermeister von Wüstenrot war zuvor 15 Jahre in unserem Gemeinderat“, sagt Hedrich. Das machte ein gemeinsames Projekt natürlich leichter. Eine Besonderheit des

Unternehmens: Die beiden Nachbargemeinden liegen in unterschiedlichen Landkreisen, was Wüstenrots Bürgermeister Heinz Nägele mit den Worten „kommunaler Quantensprung“ kommentierte. Bei nunmehr zwei Gemeinden, sagt Hedrich, sei klar gewesen, dass die Stadtwerke mehrheitlich in kommunaler Hand sein müssen.

Und so verfügen Mainhardt und Wüstenrot heute über jeweils 26,2 Prozent der Stadtwerks-Anteile. Die restlichen 47,6 Prozent übernahmen die Stadtwerke Schwäbisch Hall, die sich nicht nur aufgrund der Nähe anboten, sondern auch weil sie sich als komplett kommunales Unternehmen bereits durch Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung als modernes Stadtwerk positioniert hatten. Die EMW wird nun mit den beiden Gemeinden einen 20-jährigen Konzessionsvertrag abschließen.

Das Netz wird sie von der EnBW kaufen und an die Stadtwerke Schwäbisch Hall verpachten, die den Netzbetrieb sicherstellt. „Mainhardt ist 19 Kilometer von unserem Firmensitz weg, da lässt sich das ganz gut machen“, sagt Gebhard Gentner, Technischer Leiter der Stadtwerke Schwäbisch Hall und neben Bürgermeister Hedrich auch Geschäftsführer der EMW. Beim Netzmanagement nämlich seien die Entfernungen ein wichtiges Kriterium für einen wirtschaftlichen Betrieb. Doch der Abschied von der EnBW ist bislang nicht vollzogen.

Es kam zum typischen Verlauf fast jeder Netzübernahme: Die EnBW begann damit, dass sie fünf Millionen Euro für das Netz haben wollte. Der wahre Wert jedoch liege nur bei der Hälfte, sagt Hedrich. Inzwischen haben sich die Kontrahenten zwar angenähert, aber eine Einigung steht aus. Um den Kauf zügig über die Bühne zu bringen, könnten die Gemeinden den geforderten Kaufpreis unter Vorbehalt bezahlen und dann den zu Unrecht bezahlten Teil vor Gericht zurückfordern. Mit diesem Modell hatten die Schönauer Stromrebellin in den Neunzigerjahren verhindert, durch jahrelange Preisverhandlungen zermürbt zu werden.

In Mainhardt und Wüstenrot wird dieses Modell allerdings nicht klappen: „EnBW lehnt einen Kauf unter Vorbehalt ab“, sagt Rainer Schön, Geschäftsführer der Gesellschaft für Energiesystemtechnik mbH aus Essen, der Mainhardt und Wüstenrot bei der Übernahme betreut. Also muss verhandelt werden, bis eine Einigung steht.

Schritt 3: Saubere Trennung

Neben dem Kaufpreis ist ein weiterer Streitpunkt zwischen dem alten und dem neuen Netzbetreiber stets die Übertragung von sogenannten Erlösbergrenzen. Die Bundesnetzagentur, zuständig für die Regulierung der Strom- und Gasnetze, definiert diese für jedes selbständige Netz. Trennt man nun einen Teil des Netzes heraus, so dürfen die gesamten Netzentgelte dadurch nicht steigen. Deswegen muss geklärt werden, welche Entgelte welchem Netzteil zugeschlagen werden. Das hat dann Einfluss darauf, welche Durchleitungsgebühren der Netzbetreiber künftig erheben darf.

Und schließlich ist auch die Entflechtung des Netzes zu klären: Wer bezahlt welche Umbauten am Netz, die zwangsläufig nötig werden? In Mainhardt ist zumindest klar, wer welche Netzteile bekommt, in Wüstenrot jedoch ist noch an einigen Stellen offen, wer das überörtlich relevante Netz erhält. Bürgermeister Hedrich empfindet den Noch-Eigentümer auch hier als wenig kooperativ: „Die EnBW setzt auf Abschreckung.“

Die ist aus Sicht des Konzerns offenbar nötig. Denn zahlreiche Gemeinden im Ländle denken derzeit darüber nach, dem alten Monopolisten den Rücken zu kehren oder sind bereits dabei. Prominentester Fall aus jüngster Zeit ist das Regionalwerk Bodensee, das von den sieben Gemeinden Eriskirch, Kressbronn, Langenargen, Meckenbeuren, Neukirch, Oberteuringen und Tettngang als kommunaler Strom- und Gasversorger gegründet wurde. In Gomaringen bei Tübingen musste unterdessen die EnBW ihr Netz an das Reutlinger Stadtwerke-Unternehmen Fairenergie verkaufen, in Südbaden haben die Gemeinden Müllheim und Staufen soeben gemeinsam ein Stadtwerk gegründet und auch Titisee-Neustadt prüft einen solchen Schritts. Die Badische Zeitung erkannte daher schon eine „Heiße Schlacht ums Stromgeschäft“ und schrieb: „EnBW zittert schon“.

Der Trend zum eigenen Stadtwerk ist auch bundesweit unverkennbar ([siehe Seite 20](#)). Zunehmend entdecken Städte und Gemeinden, dass ein Rückkauf der Netze und die Gründung eigener Stadtwerke nicht nur eine wirtschaftlich attraktive Option sein kann, sondern auch Gestaltungsspielräume im Sinne einer umweltorientierten Energiepolitik eröffnet. Attraktiv sind eigene

Stadtwerke für die Kommunen vor allem dann, wenn sich in diesen verschiedene Versorgungsaufgaben bündeln lassen.

So will die Energieversorgung Mainhardt Wüstenrot zu einer Art Infrastrukturgesellschaft werden, die sich neben der Stromversorgung um Aufgaben wie den Betrieb der Gasversorgung, der Wasserversorgung, das Abwasser und das Freibad kümmern soll. Um Kommunen den Weg zu eigenen Stadtwerken zu erleichtern, haben die Grünen im Stuttgarter Landtag mit Juristen, Ingenieuren und Energiefachleuten kürzlich einen alternativen Musterkonzessionsvertrag entwickelt, der neben einem Sonderkündigungsrecht der Kommune nach zehn Jahren auch das Bekenntnis der Vertragspartner zu erneuerbaren Energien umfasst.

Die „Neuvergabe der Strom-Konzessionsverträge ist eine Chance für eine Energiewende vor Ort“, heißt es dazu. Denn Kommunen, die sich die Energieversorgung zurückholen, seien besser in der Lage, die Eigenstromerzeugung und die erneuerbaren Energien auszubauen und verbraucherfreundlich zu handeln.

Erfolgsbeispiele: Waldkirch, Schönau

Die Erfolge der bisherigen Unternehmen geben den Befürwortern eigener Stadtwerke Recht. So zum Beispiel die Stadtwerke Waldkirch, die im Jahr 1999 gegründet wurden und das Stromnetz von der EnBW übernahmen. Zum zehnjährigen Bestehen des Unternehmens bilanzierte Oberbürgermeister Richard Leibinger, dass Waldkirch ohne die eigenen Stadtwerke „in manchen Jahren die Haushalte nicht zugekriegt“ hätte. Und dann natürlich Schönau. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) seien „für die Stadt ein Glücksfall“, sagt Bürgermeister Bernhard Seger. Seit Juli 1997 hat die Gemeinde mit ihren 2.500 Einwohnern wieder einen eigenen Stromversorger.

Der gehört zwar nicht der Stadt, sondern einer GbR aus 650 Gesellschaftern, aber das stört den Bürgermeister nicht: „Wenn wir die EWS brauchen, dann sind sie da, als ob sie ein städtisches Unternehmen wären.“ Auch brächten die EWS gutes Geld in die Stadtkasse: 145.000 Euro Gewerbesteuer waren es im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Die EWS sind heute der zweitgrößte Gewerbesteuerzahler am Ort.

In Schönau spürt man längst das Interesse, das in den Kommunen des Landes erwacht: Immer öfter erreichen Anfragen aus der ganzen Republik das Städtchen im Südschwarzwald, alle wollen wissen, wie die Netzübernahme damals vonstatten ging. „Wir hatten so viel Anfragen, dass wir das Ganze bündeln mussten“, sagt der Vordenker der Schönauer EWS, Michael Sladek. Deswegen lud die Stadt im Juni in den heimischen Bürgersaal. Bürgermeister Seger erklärte dann vor 80 Zuhörern aus ganz Deutschland, dass seiner Gemeinde eigentlich nichts Besseres passieren konnte.

Komplexer Entscheidungsprozess

Einer, der maßgeblich am Erfolg der Schönauer Netzkäufer beteiligt war, ist Wolfgang Zander. Er ist Geschäftsführer des Büros für Energiewirtschaft und technische Planung (BET) in Aachen. Wenn Zander über die Option Netzübernahme für Kommunen spricht, werden sehr schnell zwei Dinge klar. Erstens: Das Thema ist verdammt komplex. Und zweitens: Eine Gemeinde, die den politischen Willen mitbringt, wird es schaffen. Ratsam sei es, unbedingt einen Partner mit ins Boot zu nehmen, und diesen auch finanziell an den Stadtwerken zu beteiligen, sagt Zander. Insofern ist das Beispiel Mainhardt Wüstenrot mit dem Partner Schwäbisch Hall typisch.

Aber es gibt auch Fälle, in denen der bisherige Netzbetreiber mit im Boot ist. Im badischen Emmendingen zum Beispiel übernahm die Stadt im Jahr 2005 nur 50,1 Prozent der neu gegründeten Stadtwerke, der Rest blieb beim bisherigen Grundversorger EnBW. Auch bei der Organisationsform gibt es verschiedene Modelle. Zander erklärt: „Netzeigentum und Netzbetrieb sind zwei unterschiedliche Dinge.“ So kann die Gemeinde das Netz erwerben und dieses an einen Netzbetreiber verpachten. „Wenn man ein lebendiges Stadtwerk will, ist das aber der falsche Weg“, sagt er. Wer wirklich die Energieversorgung gestalten wolle, wähle besser ein Stadtwerk mitsamt Netzbetrieb und Energievertrieb.

Zander weist zudem auf die Synergieeffekte hin, die Kommunen mit verschiedenen Versorgungsaufgaben erzielen können: „Der Querverbund von Gas und Wasser ist sinnvoll.“ Denn der Handwerksberuf des Gas- und Wasserinstallateurs deckt beides ab. Gas und Strom wiederum passen gut zusammen, wenn Blockheizkraftwerke vorgebracht werden sollen.

Gesamtverfahren dauert mehrere Jahre

Wichtig ist, dass Kommunen sich frühzeitig des Themas annehmen, wenn das Ende des Konzessionsvertrages näher rückt. Zwei Jahre vor Beendigung und Neuabschluss eines Konzessionsvertrages muss die Gemeinde dies im Bundesanzeiger oder im elektronischen Bundesanzeiger ankündigen. Umfasst das Gemeindegebiet mehr als 100.000 Kunden, muss sie es außerdem im Amtsblatt der Europäischen Union publizieren. Kommt es dann vor Ablauf des alten Vertrages nicht zum Abschluss eines neuen, ist das nicht tragisch. Es herrscht dann zwar ein vertragsloser Zustand, der Netzbetreiber muss die Versorgung aber unverändert aufrecht erhalten und auch ein Jahr lang noch die Konzessionsabgabe bezahlen.

Durch diese Regelung soll Kommunen der Druck genommen werden, sich überstürzt für einen Nachfolger zu entscheiden. Denn auch das ist klar: Zwar verfügen die Kommunen „mit den Konzessionsverträgen über ein scharfes Schwert“, wie es der Geschäftsführer der Stadtwerke Wolfhagen, Martin Rühl, formuliert ([siehe Seite 35](#)). Doch zugleich wollen die eingesessenen Stromkonzerne ihre Territorien nicht kampflos aufgeben. Mit massiven Widerständen der Konzerne gegen die Kommunen ist also überall zu rechnen.

Der energiepolitische Sprecher der Grünen im badenwürttembergischen Landtag, Franz Untersteller, bringt es auf den Punkt: „Es geht im Energiemarkt nun einmal nicht um Ringelreihen, sondern um Milliardengewinne.“